Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2392

18. 01. 83

Sachgebiet 613

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über das Programm 1982 für die Verwirklichung der Zollunion

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

— in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat[1]),

— in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 1–642/82),

A) enttäuscht darüber, daß seit 1979 bei der Verwirklichung der Zollunion nur geringfügige Fortschritte erzielt wurden,

B) unter Hinweis darauf, daß 25 Jahre nach dem Abschluß der Römischen Verträge noch kein grundsätzlicher Unterschied bei den Grenzkontrollen an den inneren und äußeren Grenzen der Gemeinschaft festzustellen ist, was mit der Idee einer Zollunion und mit der rechtlichen Pflicht der Gemeinschaft unvereinbar ist, die Hindernisse für den freien Personenverkehr in der Gemeinschaft gemäß den Artikeln 3 c), 48 ff. und 235 des EWG-Vertrages zu beseitigen,

C) im Bewußtsein, daß ein funktionsfähiger Binnenmarkt für das Entstehen eines europäischen Bewußtseins und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Firmen von entscheidender Bedeutung ist und daher auch ein wichtiges Element der Beschäftigungspolitik darstellt,

D) im Bewußtsein, daß eine definitive Öffnung der inneren Grenzen der Gemeinschaft nur dann durchsetzbar ist, wenn an den Außengrenzen auf gemeinsamer Basis eine zumindest vergleichbare Sicherung gewährleistet werden kann,

1. fordert Kommission und Rat auf, eine gemeinsame Politik zu entwickeln, um eine Sicherung der Außengrenzen der Gemeinschaft gegen Kriminalität, Drogenschmuggel und ille-

[1]) KOM (82) 50 endg.

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 00000615 – vom 7. Januar 1983.
Das Europäische Parlament hat die Entschließung auf seiner Tagung im Dezember 1982 angenommen.

gale Einwanderung zu gewährleisten; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß unter anderem eine gemeinsame Ausländerpolitik und eine gemeinsame Haltung bei der Erteilung und Kontrolle von Visa erforderlich sind;

2. stellt mit Genugtuung fest, daß der Rat endlich in der Lage war, Einigkeit über die Ausstellung eines EG-Passes und eine Erhöhung der Steuerfreibeträge zwischen den Mitgliedstaaten herbeizuführen, bemängelt aber, daß der Rat sich nicht gleichzeitig über die Erhöhung der Steuerfreibeträge in den kommenden Jahren einigen konnte und daß die quantitative Begrenzung für z. B. Wein und Kaffee nicht erleichtert wurde;

   stellt mit Genugtuung fest, daß die Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die eine konkrete Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten mit sich bringen sollten; wird sich später mit diesen Vorschlägen im einzelnen auseinandersetzen;

3. unterstreicht die Notwendigkeit, so schnell wie möglich einen gemeinsamen Zollkodex und eine gemeinsame Haltung gegenüber Drittlandsprodukten zu schaffen;

4. ist der Auffassung, daß nur eine gemeinsame Administration die Zollunion einheitlich verwalten kann; fordert, daß die Zollverwaltungen der Mitgliedstaaten schrittweise zu einer gemeinschaftlichen Zollverwaltung zusammengeführt werden und daß zwischen den Aufgaben der Zollbehörden an den Außengrenzen und denjenigen der Grenzbehörden der Innengrenzen der Gemeinschaft klar unterschieden wird;

5. fordert Kommission und Rat auf, innerhalb der nächsten Jahre zielbewußt Schritte zu unternehmen mit dem Ziel, die Personen- und Warenkontrollen an den Innengrenzen der Gemeinschaft definitiv abzuschaffen, wobei zu gewährleisten ist, daß eine derartige Abschaffung nicht die erforderlichen gesundheitspolizeilichen Kontrollen verhindert, wie z. B. adhoc-Regelungen zur Verhinderung der Ausbreitung übertragbarer Krankheiten bei Mensch und Tier oder Vorschriften zur Verhinderung des Übergreifens der Tollwut auf diejenigen Inselgebiete der Gemeinschaft, denen daran gelegen ist, sich ihren seuchenfreien Status zu erhalten;

6. fordert die Kommission auf, dem Ministerrat gemäß Artikel 28 Abs. 4 der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie einen Bericht über die Umsatzsteuerharmonisierung vorzulegen;

7. fordert die Kommission auf, gemäß Artikel 28 Abs. 5 der Mehrwertsteuerrichtlinie Vorschläge auszuarbeiten, die geeignet sind, die Praktiken von einzelnen Mitgliedstaaten, die innergemeinschaftliche Beförderung von Personen im Straßenverkehr ganz nach ihrem Gutdünken beim Überschreiten der innergemeinschaftlichen Grenzen auf der Grundlage von Artikel 28, Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie, besteuern zu können, dahin gehend zu verändern, daß die Personenbeförderung für die gesamte innerhalb der Gemeinschaft zurückgelegte Strecke im Ausgangsland besteuert wird;

8. fordert den Rat auf, als ersten Schritt den Vorschlag der Kommission, die Erhebung der Mehrwertsteuer von der Grenze wegzuverlagern, und den Vorschlag zur Berechtigung der vorübergehenden Einfuhr von Arbeitsgeräten schnell zu verabschieden; fordert außerdem die Kommission auf, einen Vorschlag zur Wegverlagerung der Erhebung statistischer Daten beim Grenzübertritt zu unterbreiten;

9. fordert Kommission und Rat auf, ihr besonderes Augenmerk einigen nationalen Bestimmungen zuzuwenden, welche immer wieder den Ärger der Bürger beim Grenzübertritt hervorrufen; in diesem Zusammenhang sind die Kraftstoffkontrolle bei Lastkraftfahrzeugen und Omnibussen, die Bestimmung über den zeitweiligen Import von Arbeitsgeräten, die Beförderungsteuer im Omnibusverkehr und die frühzeitige Schließung kleinerer Grenzübergänge besonders hervorzuheben;

10. weist darauf hin, daß bei Ausarbeitung von gemeinsamen Programmen für ausgewählte Industriesektoren, wie z. B. auf dem Gebiet des Elektroniksektors, Vorschläge für die Verwirklichung des Binnenmarktes und eine gemeinsame Haltung gegenüber Drittländern in diesem Sektor ein integrierter Bestandteil derartiger Programme sein sollten;

11. stellt mit Bedauern fest, daß es im ersten Halbjahr 1982 nicht möglich war, eine „Binnenmarkt-Ratssitzung" zu veranstalten; fordert die gegenwärtige und die zukünftigen Ratspräsidentschaften auf, Ratssitzungen zu veranstalten, die sich zielbewußt mit der Verwirklichung der Zollunion und des Binnenmarktes beschäftigen;

12. fordert seinen Präsidenten auf, diese Entschließung mit der schriftlichen Begründung der Kommission, dem Rat und den nationalen Parlamenten zuzuleiten.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333